

PARTEIFINANZIERUNG

«Spender wollen anonym bleiben»

Mit einer staatlichen Parteienfinanzierung wären undurchsichtige Wahlspenden wie im Solothurner Fall nicht mehr möglich. Doch Ladner winkt ab: Sponsoren fürchten die damit einhergehende Transparenz.

Sind die hohen Spenden für die beiden Politiker Anita Fetz und Roberto Zanetti ein Skandal?

Andreas Ladner: Für Aufregung sorgt ja nicht unbedingt die Höhe der Beträge, sondern das Umfeld, aus welchem die Spenden hervorgingen. Denn Politiker können grundsätzlich von überall Spenden entgegennehmen, auch hohe Summen. Von einem Skandal müsste man sprechen, wenn öffentliche Gelder unerlaubterweise an Parteien fliessen, wie dies im Kanton Bern der Fall war.

Sind denn die Politiker auf dieses Geld überhaupt angewiesen?

Fast jeder, der in den National-



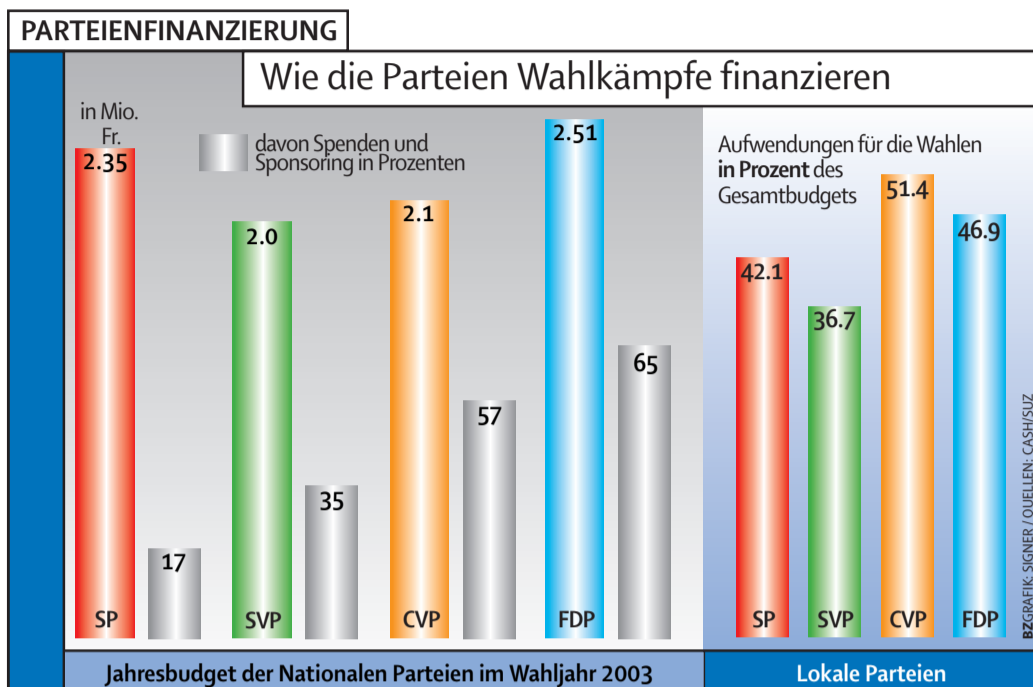
ZUR PERSON
ANDREAS LADNER

Andreas Ladner ist Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft sowie Assistenzprofessor am Kompetenzzentrum für Public Management der Uni Bern.

oder Ständerat gewählt werden will, ist auf eine solche Spezialfinanzierung angewiesen. Denn die Budgets der Parteien für die Wahlkämpfe sind meist sehr bescheiden. Allerdings gibt es grosse Unterschiede zwischen den Parteien.

Welche?

Bei den Sozialdemokraten fliesst das Geld dank Mitglie-



derbeitragen stark von unten nach oben. Das bedeutet, dass die Parteizentrale ihren Wahlkampf relativ unabhängig von Spezialfinanzierungen bestreiten können. Das ist bei den bürgerlichen Parteien viel weniger der Fall. Besonders krass ist dies bei der FDP: Dort muss sich das Generalsekretariat den grössten Betrag über fremde Quellen erschliessen.

Die staatliche Parteifinanzierung könnte die derzeit völlig undurchsichtige Finanzierung der Parteien ablösen.

Theoretisch schon. Aber es gibt dagegen enorme Widerstände, gerade von den bürgerlichen Parteien. Denn die staatliche Parteifinanzierung würde sofort mit der Forderung nach Transparenz verbunden. Aber es ist eine Tatsache, dass die meisten Geldgeber nicht öffentlich genannt sein wollen. Kommt hinzu, dass Otto Normalverbraucher kaum einsieht, warum er die Rechnungen der Parteien zahlen sollte. Denn er befürchtet, dass es zu einer Art «Verbeamtung» der Parteien

kommen könnte und diese nicht mehr auf ihre Mitglieder Rücksicht nehmen müssten.

Ein berechtigter Einwand?

Diese Gefahr würde tatsächlich bestehen. Darum plädiere ich auch nicht für eine staatliche Parteifinanzierung, sondern für eine gezielte Förderung der Parteiarbeit.

Und wie sollte diese aussehen?

Auf keinen Fall über die Finanzierung von Plakaten oder der politischen Propaganda. Aber eine Möglichkeit wäre, den Parteien in den Medien mehr Platz einzuräumen oder ihnen bei der Erarbeitung von Grundlagenmaterial behilflich zu sein. Grundsätzlich muss man konstatieren, dass die Parteien in der Schweiz über zu wenig Geld verfügen, dies mit schlimmen Folgen.

Welchen?

Die Parteien sind dadurch zu fest im täglichen Politgeschäft verankert. Es fehlt ihnen dadurch der Blick auf mittel- und längerfristige Projekte. Wenn es

darum geht, die Weichen für die Zukunft zu stellen, muss man den Parteien ein schlechtes Zeugnis ausstellen, auch wegen des fehlenden Geldes.

Was könnte denn mehr Geld bewirken?

Die Parteien haben auch die Funktion, den Nährboden für politische Diskussionen und Entscheide bereitzustellen. Heute wird diese Aufgabe von Thinktanks oder Interessengruppen gemacht. Dies birgt die Gefahr in sich, dass diese Studien und Grundlagenarbeiten bereits ideologisch verfärbt sind. Oder die Parteien müssen sich auf Untersuchungen der Verwaltung oder von Universitäten abstützen. Mit dem Nachteil, dass die Parteien das Agendasetting nicht bestimmen können. Zudem vernachlässigen die Parteien wegen des fehlenden Geldes oft die Basisarbeit. Was wiederum dazu führt, dass das Vertrauen in die Parteien sinkt.

Wie könnte man diesem Teufelskreis entkommen?

Derzeit ist die Situation tatsächlich blockiert. Wie verschiedene Anläufe in Gemeinden gezeigt haben, ist derzeit im Volk keine Mehrheit für eine staatliche Förderung oder Parteienfinanzierung zu finden. Aber die Frage ist tatsächlich berechtigt, ob der heutige Zustand ein zukunftsträchtiges Modell ist. Nur darf man nicht vergessen, dass die Parteien auch eine gewisse Mitschuld tragen.

Welche?

Es besteht auch innerhalb der meisten Parteistrukturen ein grosses Optimierungspotenzial. Viele schaffen nicht sehr effizient und nehmen zu viel Rücksicht auf Lokal-, aber vor allem auf Kantonalparteien. Wenn eine Partei schlagkräftig sein will, verbunden mit einer seriösen Grundlagenpolitik, kommt sie nicht darum herum,

ihre Strukturen stärker zu zentralisieren.

Liegt die fehlende Bereitschaft der Bevölkerung, die Parteien stärker zu unterstützen, nicht auch an einer grundsätzlichen Parteiverdrossenheit?

Seit dreissig Jahren redet man von diesem Phänomen. Und es ist tatsächlich in den meisten Demokratien eines. In der Schweiz hängt dies auch damit zusammen, welche Rolle man der Politik einräumt. Hier zu Lande herrscht immer noch die Vorstellung, politische Arbeit müssen vorwiegend freiwillig und nebenamtlich erfolgen. Ich denke, von dieser Einstellung müsste man Abschied nehmen, denn die Probleme, die sich den Politikern stellen, werden immer komplexer und aufwändiger.

INTERVIEW: GREGOR POLETTI

PARTEIFINANZIERUNG

Geheim und unantastbar

Während sich die SP mehrheitlich über Beiträge der Kantonalparteien finanziert, stammt rund die Hälfte der Einnahmen von FDP, SVP und CVP aus freiwilligen Beiträgen und Spenden. Aber Wahl- und Abstimmungskämpfe sind teuer.

Die Parteien geben sich indes zugeknöpft, woher die Spenden und Sponsoringbeiträge genau stammen. Zu den grossen Spendern zählen nebst Economiesuisse die UBS, die Rentenanstalt und die Credit Suisse sowie zahlreiche steuerbefrei-

te Stiftungen. Wer oder gar eine staatliche Parteifinanzierung fordert, beisst bisher auf Granit. Der Bundesrat sieht keinen Anlass, Regelungsvorschläge zur Finanzierung, Offenlegung oder Ausgabenbeschränkung von Abstimmungs- und Wahlkampagnen zu erarbeiten. Auch auf lokaler Ebene scheitern Versuche, die Parteien finanziell zu unterstützen, immer wieder. So lehnte beispielsweise die Stadt Bern erst letzten Herbst die vorgeschlagene staatl-

che Parteifinanzierung ab. 1997 wurde während einer Debatte im Grossen Rat des Kantons Bern die Diskussion um eine staatliche Parteifinanzierung sehr treffend beschrieben: Es verhalte sich damit wie mit dem Monster im Loch Ness. Es taucht immer wieder auf, nimmt aber nie sehr konkrete Formen an und verschwindet meist bald wieder in der Versenkung. Im Ausland kennt man praktisch in allen vergleichbaren Demokratien eine staatliche Parteifinanzierung. **gr**

Wohlfeile Wohltätigkeit

Ein «Scheidungskrieg» hat die Wahlkampfspenden von Roberto Zanetti und Anita Fetz ans Licht gebracht.

Am letzten Freitagabend wurde es der Basler Ständerätin Anita Fetz und dem Solothurner Regierungsrat Roberto Zanetti zu heiss: Per Communiqué gaben sie ihren sofortigen Rückzug aus der ins Gerede gekommenen Stiftung Pro Facile bekannt. Offen stellten sie sich gegen «das Geschäftsgebaren» der Stiftung, die rund 2,8 Millionen Franken an Darlehen verwaltet und teilweise mit dem System des umstrittenen Basler Finanziers Dieter Behring anlegt. Wohlfeile Wohltätigkeit für die Darlehensgeber, die angeblich gute Zinsen kassieren und gleichzeitig Behindertenorganisationen unterstützen.

Wohlfeil aber offenbar auch für Fetz und Zanetti. «Auf Grund der undurchsichtigen Verflechtungen einzelner Mitglieder des Stiftungsausschusses», teilten die beiden weiter

mit, hätten sie ihre Spendenlisten geprüft «und zwei Wahlspenden der Solothurner Hof AG gefunden». Diese würden umgehend auf ein Sperrkonto einbezahlt. Die ersten Fragen, die diese Verlautbarung aufwarf, beantwortete tags darauf die Spenderin Solothurner Hof AG respektive deren Alleinaktionär, respektive der Gründer der Stiftung Pro Facile, respektive der Solothurner Unternehmer Peter Ammann, der alles in Personalunion ist: Zanetti habe 20 000 Franken erhalten, Fetz 30 000. Die Spenden seien verdankt worden, das Wort «gefunden» löse deshalb ein gewisses «Erstaunen» aus.

Das war am Samstag. Seither schweigen Fetz und Zanetti zum Thema. Ein Interview, das Zanetti am Montag mit dieser Zeitung führte, zog er wieder zurück, weil sich Stiftung und Politiker seit der Scheidung nur noch über ihre Anwälte unterhalten und Äusserungen heikel seien. Eine halbwegs einleuchtende Erklärung lieferte zwischenzeitlich der Solothurner SP-Präsident Manfred Baumann: An die Spende hätten



Ziemlich entnervt gaben die beiden SP-Politiker Roberto Zanetti und Anita Fetz ihren Austritt aus Pro Facile bekannt.

sich die beiden durchaus erinnert, das Problem liege beim Absender. Bis zur Durchforschung der Listen seien beide davon ausgegangen, es handle sich um eine persönliche Gabe von Ammann. Erst bei der Überprüfung habe sich gezeigt, dass das Geld von einer Firma stammt. Weil diese Büro an Büro mit Pro Facile arbeitet, seien die Spenden vorsichtshalber deponiert worden.

Aber jetzt gibt die Höhe der Summen zu reden. Und der im Herbst abgewählte Solothurner CVP-Nationalrat Alex Heim, der bei der Gründung 2003 mit Fetz und Zanetti in den Stiftungsrat eintrat und nach seiner Abhalfterung viele Mandate abgab, erklärte gestern in diversen Medien, auch ihm sei eine solche Spende angeboten worden. Aber er sei «gottlob stark geblieben». ... **ST**

Auch der Kanton Bern hatte seine «Spendenaffäre»

Die Geldnot der Parteien provoziert immer wieder Affären. Für viel Aufsehen sorgte ein Fall im Kanton Bern.

Dass Parteikassen unter chronischer Geldnot leiden und Parteigewaltige in staatlichen Machtstellungen dem abzuwehren versuchen, dafür gibts auch ein Beispiel im Kanton Bern: 1986 platze die Parteispendenaffäre. Die staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen BKW, Kantonalbank und Hypothekarkasse hatten für die Nationalratswahlen 1975, 1979 und 1983 den drei Parteien SVP, FDP und SP heimliche Zahlungen von insgesamt mehr als 0,5 Millionen Franken zu kommen lassen. Initiant war Werner Martignoni (SVP), damals der starke Mann in der Berner Regierung. Bei der Kantonalbank trugen die Generaldirektoren das Geld persönlich auf die Post und überwiesen es mittels Einzahlungsscheinen mit fiktiven Namen an die Parteien. Dort waren «Vertrauensleute» im Bild. Zum Skandal wurde das Ganze, weil die Nichtregierungs-

parteien vom Spendenfluss ausgeschlossen waren. Es war die «Wochenzeitung» (WoZ), welche das System schliesslich aufdeckte. Die Spenden waren nach dem Parteiproporz verteilt worden. Die SVP bezog demnach 234 755 Franken, die SP 177 165 Franken und die FDP 119 580 Franken. Martignoni sass von Amtes wegen in den Verwaltungsräten der Staatsunternehmen. Er regte die Überweisungen an.

Zu weiteren Unstimmigkeiten im Umfeld von Spenden an Parteien kam es auf eidgenössischer Ebene dann, wenn publik wurde, dass Firmen ihre Gelder plötzlich stoppten. Als sich die Präsidenten der FDP und CVP 1998 kritisch zum Holocaust-Deal der Grossbanken äusserten, verweigerte daraufhin die CS diesen Parteien Beiträge von 100 000 beziehungsweise 50 000 Franken. Und 2001 machten die Sozialdemokraten eine Spende von 100 000 Franken publik, die ein ihr nahe stehendes Komitee im Kampf um die Auslandseinsätze der Armee von UBS-Präsident Marcel Ospel erhalten hatte. **mhg/gr**